

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Einführung</b> .....	1
<b>1. Ökologische Auswirkungen des Kraftwerkbaus und der Flussumleitung</b> .....	3
1.1. Ökologische Bedeutung des Auengebietes (I.1.).....	3
1.2. Das hydrologischer System.....	4
1.3. Bodenverluste .....	6
1.4. Abnahme der Waldfläche.....	7
1.5. Hintergründe der ökologischen Bedrohung des Donauschwemlandes (I.3).....	7
<b>2. Soziale Effekte des Kraftwerkbau und der Flussumleitung</b> .....	9
2.1. Wirtschaftliche Probleme (II.1).....	9
2.2. Folgen für die lokale Bevölkerung (II.2).....	10
2.3. Minderheitenprobleme (II.3).....	10
2.4. Räumliche Ausdehnung der sozialen Effekte (II.4).....	11
<b>3. Der Konfliktverlauf</b> .....	12
3.2. Interessen und Ziele der Parteien (III.5).....	13
3.2. Zum Konfliktaustrag zur Verfügung stehende Mittel (III.10, III.11) .....	14
3.2.1. Ökonomische Mittel.....	14
3.2.2. Politische und diplomatische Mittel.....	15
3.2.2.1. Tschechoslowakei bzw. Slowakei.....	15
3.2.2.2. Ungarn.....	16
3.2.2.3. Die Europäische Gemeinschaft .....	17
3.3. Rechtliche Mittel.....	18
3.4. Militärische Mittel .....	20

3.5. Mittel unterhalb der staatlichen Ebene: der Einfluss der Nicht-Regierungsorganisationen .....	21
<b>4. Ansätze zum friedlichen Konfliktbearbeitung .....</b>	<b>22</b>
4.1. Lösungsmöglichkeiten zum ökologischen Schutz der Donauauen (IV.2).....	22
4.2. Lösungsmöglichkeiten zur Beseitigung negativer sozialer Effekte (IV.3) .....	23
4.3. Lösungsmöglichkeiten zum Konfliktmanagement (IV.4).....	25
Fazit .....	26

*Stefan Klötzli*

## **Der slowakisch-ungarische Konflikt um das Staustufenprojekt Gabcíkovo**

### **Einführung**

Was als ungarisch-tschechoslowakisches Partnerprojekt unter sozialistischer Herrschaft begann, hat sich mittlerweile zu einem zwischenstaatlichen Konflikt um die unterschiedliche Beurteilung der ökologischen und sozialen Folgen der Stauwehr- und Kraftwerksanlage Gabcíkovo entwickelt. Gabcíkovo bedroht nicht nur eine einzigartige Flusslandschaft an der Donau, sondern ist zunehmend auch zu einem Angelpunkt latenter ethnischer Probleme geworden.

Die Idee einer ganzjährigen Schiffbarmachung des fruchtbaren, aber seichten Schwemmlandes zwischen Győr und Bratislava, dem transdanubischen Tiefland geht auf militärstrategische Wünsche Stalins im Jahre 1947 zurück. Ein entsprechender Kanal sollte es sowjetischen Kriegsschiffen ermöglichen, bis an die Grenzen des damaligen Ostblocks zu gelangen. Erste Pläne wurden in den fünfziger Jahren ausgearbeitet, aber mangels Mittel und technischem Know-how nicht realisiert. 1977 schliesslich vereinbarten die CSSR und Ungarn in einem Staatsvertrag den Bau des Staustufensystems Gabcíkovo-Nagymaros mit zwei Dämmen zwischen Bratislava und Budapest zur gemeinsamen Nutzung des Grenzstromes, zur Energiegewinnung und zur ganzjährigen Schiffbarmachung dieses Donauabschnittes.

Die Idee des Doppelprojektes war ein sogenannter Kipp- und Schwellbetrieb des Kraftwerkes in Gabcíkovo. Beim Kipp- und Schwellbetrieb wird das zufließende Wasser gestaut und nur in Spitzenverbrauchszeiten durch die Turbinen gelassen, um Spitzenenergie - im Gegensatz zur Bandenergie - zu erzeugen. Die dabei verursachten Wasserspiegelschwankungen hätten durch den weiter flussabwärts gelegenen Damm von Nagymaros und durch seitliche Dämme an den Ufern ausgeglichen werden sollen. In dem Vertrag wurde auch festgehalten, dass die sich aus den Bauarbeiten ergebende Verschiebung des Flusslaufs keine Grenzveränderung darstellen sollte.

Bereits 1981 regte Ungarn aus finanziellen Gründen eine vorläufige Aussetzung des Vorhabens an. Die Finanzierung der Arbeiten in Nagymaros wurde vier Jahre später von einer österreichischen Stromverbundgesellschaft übernommen, nachdem ein ähnliches Projekt im österreichischen Hainburg unter dem Druck der Öffentlichkeit fallengelassen werden musste. 1984 begann der Widerstand gegen das Projekt mit einer Unterschriftenaktion ungarischer Umweltschützer. Nach dem Sturz Kádars 1988 war das Mammutprojekt eines der zentralen Anliegen der ungarischen Opposition. In der

Folge massiver öffentlicher Proteste und einer wissenschaftlichen Überprüfung der ökologischen Folgen des Projektes beschloss die ungarische Reformregierung 1989 zuerst einen Baustopp und später die Einstellung aller Bauarbeiten auf ungarischem Gebiet. Als Entschädigung für die von Österreich erbrachten Leistungen einigte man sich auf rund 220 Mio.US\$.

In der Slowakei hingegen konnten sich Umweltschutzgruppen, wie z.B. die SZOPK (Slowakische Union der Natur- und Landschaftsschützer) kaum Gehör verschaffen. Ungeachtet der politischen Revolution von 1989 beschloss die tschechoslowakische Regierung mit dem fast fertiggestellten Projekt ohne ungarische Beteiligung weiterzufahren. Nachdem sämtliche Kompromissversuche gescheitert waren, mit Ungarn doch noch ein gemeinsames Projekt durchzuführen, begann die Slowakei Ende 1991 mit dem Bau der sogenannten Variante "C" des Gabčíkovo-Projektes. Diese als Provisorium gedachte Alternative bedeutete die Verlängerung des ursprünglich 29 km langen Seitenkanals um 11 km und die Umleitung der Donau auf slowakischem Gebiet in der Nähe von Cunovo, wo der Strom noch nicht die gemeinsame Grenze zwischen Ungarn und der Slowakei bildet. Damit wurde die Zuführung des Donauwassers zum Kraftwerk Gabčíkovo eine rein slowakische Angelegenheit, denn in den vorherigen Varianten sollte die Donau vom ungarischen Dunakiliti aus in den Kanal abgezweigt werden. Es war somit die einzige Möglichkeit für die Slowakei, das Kraftwerk ohne ungarischer Beteiligung, aber dank der Beteiligung österreichischer Firmen innert acht Monaten fertigzustellen. Ungeachtet internationaler Proteste begann die Slowakei am 24. Oktober 1992 mit der Umleitung der Donau. Unterhalb Cunovo erhielt die Donau noch zwischen 11 und 17% der ursprünglichen Wassermenge. Der Wasserstand fiel zwei Meter unter die tiefste je gemessene Marke.

### **Situationsplan des Staustufensystems Nagymaros-Gabčíkovo**

Ein Hochwasser im November 1992 führte zu einem teilweisen Einreißen des Stauwehres bei Cunovo, wodurch wieder 30% des Donauwassers in den alten Lauf zurückflossen. Ungarn bezichtigte die Slowakei wegen der Umleitung des gemeinsamen Grenzflusses der Grenzverletzung<sup>1</sup> und verlangte die völlige Aufgabe des Staustufenplans und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes an der Donau. Auf der anderen Seite argumentierten sowohl die tschechoslowakische Bundesregierung als auch die slowakische Regierung, Ungarn habe nicht das Recht gehabt, den Vertrag von 1977 einseitig zu kündigen (Die Kündigung erfolgte offiziell erst am 25. Mai 1992). Die CSFR fühlte sich an die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen gebunden und machte ausserdem die grossen ökonomischen, technischen und sogar ökologischen Vorteile des Wasserkraftwerkes geltend.

Ein Kompromiss zwischen Budapest und Bratislava erscheint bei der Absolutheit und Unvereinbarkeit der Standpunkte als wenig wahrscheinlich. Beide Seiten sind in eine Konfrontation geraten, aus der ein Rückzug ohne Gesichtsverlust und ohne interne Opposition kaum mehr möglich scheint. Dies umsomehr als die Kraftwerksfrage trotz gegenteiliger offizieller Beteuerung zunehmend in der Minderheitenpolitik instrumentalisiert wird. Trilaterale Treffen unter der Vermittlung der EG für ein provisorisches Wassermanagement an der Donau verliefen bisher ergebnislos. Im April 1993 schliesslich haben beide Seiten ein Abkommen über die gerichtliche Beilegung des Streites unterzeichnet und den Fall dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgelegt.

## **1. Ökologische Auswirkungen des Kraftwerkbaus und der Flussumleitung**

### **1.1. Ökologische Bedeutung des Auengebietes (I.1.)<sup>2</sup>**

Die Flusslandlandschaft auf der Schwemmebene zwischen Bratislava und Győr, mit den sogenannten "Schüttinseln", Szigetkös und Csallókös, ist trotz beträchtlicher Drainage und landwirtschaftlicher Nutzung (v.a. Ackerbau) noch weitgehend intakt und bildet zusammen mit den angrenzenden österreichischen Auen bei Hainburg ein in Europa einzigartiges Auengebiet. Der Auenwald ist eine Pflanzengemeinschaft in der häufig überschwemmten Uferregion von Flüssen. Im Gegensatz zum ständig feuchten Bruchwald ist er starken Grundwasserschwankungen ausgesetzt. Die Nährstoffe werden

---

1 Gemäss den Verträgen von Trianon (1920) und Paris (1947) bildet die schiffbare Mittellinie (Talweg) der Donau die Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Da die schiffbare Mittellinie mit dem neu erbauten Seitenkanal nach Norden verlegt wurde, kommt dies theoretisch einer Grenzverletzung gleich.

2 Die Konfliktstudie folgt dem ENCOP-Analyseraster zur Erfassung ökologischer Konflikte. Vgl. Böge, Volker: Proposal for an Analytical Framework to Grasp "Environmental Conflict", in Occasional Paper No.1, Bern-Zürich, July 1992. Die Zählung in Klammern bezieht sich auf die in oben erwähnten Occasional Paper angeführten Punkten, die sich auf verschiedene Aspekte ökologischer Konflikte beziehen.

durch die episodischen Überschwemmungen zugeführt. In Mitteleuropa unterscheidet man Weichholzaunen (Weiden, Pappeln, Grauerlen) und Hartholzaunen (Esche, Ulme, Stieleiche), die etwas höher liegen und so weniger oft überschwemmt werden.

Der stark schlängelnde, in unzählige Nebenarme verzweigte Flusslauf ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Bett der Donau stark abflacht. Das Gefälle beträgt zum Teil nur noch 7 cm/km, so dass die Fliessgeschwindigkeit um die Hälfte zurückgeht. Weil das Gefälle nach Bratislava plötzlich geringer wird, lässt die Transportkraft des Flusses schnell nach, das zum Kies abgeschliffene Geröll wird abgelagert. Im Laufe von Tausenden von Jahren haben diese Ablagerungen - es sind dies jährlich 17 Mio. t Sand und Kies - das Becken gefüllt und eine Alluviallandschaft<sup>3</sup> in Form eines einzigartigen Inlanddeltas geschaffen. Die zahlreichen Inseln, Neben- und Altarme sowie der Auenwald selbst werden regelmässig vom Hochwasser überflutet. Die Donau führt in der Regel zweimal jährlich ein grösseres Hochwasser - die "Eisflut" im März und die "Grünflut" im Mai/Juni. Die Vielfalt an Biotopen schafft Voraussetzungen für einen grossen Artenreichtum mit insgesamt ca. 5000 Tierarten, darunter 220 Vogelarten, 55 Fischarten, Auhirsch, Fischotter und Biber. In Schwemmkegeln wie der Schüttinsel herrschen günstige Grundwasserverhältnisse mit ausgezeichneten Speicher- und Filtereigenschaften. Die starken Schwankungen des Grundwasserspiegels, die sogenannten Atemzüge der Auen, sind für die Existenz der Auen ebenso bedeutsam wie die Dynamik der Wasserführung der Donau. Das Donaubecken zwischen Bratislava und Győr ist der grösste, weitgehend noch ungenutzte Trinkwasserspeicher Europas. Die Speicherkapazität der beiden Schüttinseln wird auf 14 km<sup>3</sup>, 6 km<sup>3</sup> davon auf ungarischer Seite geschätzt.<sup>4</sup>

## 1.2. Das hydrologischer System

Da der grösste Teil der Donau durch den Seitenkanal fliessen soll, bleibt für das alte Bett noch eine Restwassermenge zwischen 10 und 30%. Bei der Flussumleitung ist der Verlust der hydrologischen Dynamik - Hochwasser und Grundwasser - entscheidend.

Durch Kraftwerke und Kanalisierung geht viel Rückhalteraum für Hochwässer verloren: der Abfluss wird beschleunigt. Die kleineren Hochwässer werden ungebremst durch den Kanal geleitet, wodurch die Hochwassergefahr unterhalb des Kraftwerks steigt. Ebenso müssen ab einer bestimmten Durchflussmenge die Schleusen des Kraftwerkes geöffnet werden, was zu einem plötzlichen Wasseranstieg und zu einer erhöhten Schlammfracht führt. Schäden unterhalb des Kraftwerkes häufen sich dadurch. Die Befürchtungen einer Hochwasserkatastrophe durch einen Damm- oder Kanalbruch sind ebenfalls nicht unbegründet. Im November 1992 wurden bei einem Hochwasserereignis Teile des

<sup>3</sup> Ablagerungen, die durch Anschwemmung entstanden sind, werden alluvial genannt.

<sup>4</sup> Perczel, K./ Libik G.: Environmental Effects of the Dam System on the Danube at Bős-Nagymaros, in: AMBIO Vol.18 No.4, 1989, S.249.

Dammes bei Cunovo mitgerissen. Ingenieure und Sicherheitsexperten kritisierten schon vorher, dass das Projekt nicht den erforderlichen Stabilitätsansprüchen genüge.<sup>5</sup>

Seit der Umleitung des Stromes zum Kraftwerk Gabčíkovo ist der Wasserspiegel der Donau beim ungarisch-slowakischen Grenzort Rajka um 1,5 bis 2 m gefallen. Der Durchfluss betrug nach der Stauung noch 250m<sup>3</sup>/s im alten Flussbett gegenüber normalerweise 1500 m<sup>3</sup>/s.<sup>6</sup> Nach Angaben des WWF Österreich liegen die Wasserstände im alten Flussbett so tief, wie seit den Eiszeiten nicht mehr.<sup>7</sup> Bei einer Dämmung der Donau erreichen mittlere und kleinere Hochwässer die Auen nicht mehr. Der Grundwasserspiegel hört auf zu schwanken und sinkt um mehrere Meter. Schätzungsweise 20'000 ha wertvoller Auenwald sind damit von der Austrocknung bedroht, was eine Versteppung der Schüttinseln bedeuten könnte. Der veränderte Lebensraum würde zum Aussterben vieler typischer, meist gefährdeter Tier- und Pflanzengemeinschaften führen. Seit der Inbetriebnahme des Dammes sind grosse Mengen an Schnecken, Wasserpflanzen, Kleinorganismen und Fischen verendet, einige der Altarme sind bereits vollständig ausgetrocknet. Die hier lebenden Pflanzen- und Tiergemeinschaften haben sich der Jahreszeitendynamik des Wassers angepasst und können sich auf diesen Prozess immer wieder einstellen. Einer drastischen Veränderung wie der Umleitung der Donau können sie jedoch unmöglich folgen. Unmittelbar bedroht sind 130 Vogelarten (54% aller vorkommenden Arten), 30 Säugetierarten (75%), 8 Reptilienarten (90%), 6 Amphibienarten (55%) und 28 Fischarten (50%).<sup>8</sup>

Nach ungarischen Angaben ist auch der Grundwasserspiegel um 1 bis 1,5 m gefallen. Der WWF spricht von einer Absenkung um bis zu 5 m. Die Trinkwassersituation beidseits der Donau hat sich verschärft. Viele Brunnen der Donaudörfer auf der Schüttinsel sind ausgetrocknet. Etwa 1,4 Mio. Menschen in den Ballungsgebieten von Budapest und Bratislava werden bereits aus dem riesigen Trinkwasserspeicher des Donauschwemmlandes versorgt. 5 Mio. könnten theoretisch täglich 3 Mio. m<sup>3</sup> bestes Trinkwasser von dort beziehen. Die Filtereigenschaften des Donaubeckens bestimmen die Wasserqualität der ufergefilterten Brunnen und des Kiesschwemmkegels der Schüttinseln. Mit der Inbetriebnahme von Gabčíkovo wird die geplante Ausweitung der Trinkwassernutzung allerdings fragwürdig, die heute schon prekäre Versorgung in diesen Ländern wird sich weiter verschlechtern. Selbst Österreich fühlt sich direkt von der Veränderung der hydrologischen Verhältnisse betroffen: es befürchtet eine Austrocknung des Neusiedlersees innerhalb weniger Jahre und eine Gefährdung der Grundwasserreserven im Burgenland.

---

5 Ausserdem liegen Schüttinseln in einer seismisch aktiven Zone. Wie sich die bis zu zwanzig Meter hohen Dämme bei den gelegentlichen Erdbeben verhalten, ist offen (vgl. Stettner, Niklaus: Donaukraftwerk Gabčíkovo: Eine Hypothek für das 21. Jahrhundert. in: *Geographie heute* 105/92, S.39).

6 Anfang März 1993 betrug der Durchfluss noch immer bloss 300m<sup>3</sup>/s (gemäss einer Information von WWF Österreich).

7 Seit dem Hochwasserereignis vom 24. November 1992 sind wieder grosse Mengen Donauwasser durch den Damm von Cunovo ins alte Flussbett gedrungen. Die Reparaturen sind jedoch im Gange.

8 Gemäss einer Information des "Duna Kör" (Donaukreis) Budapest.

Neben der Absenkung des Grundwasserspiegels sind vor allem die Verringerung der Selbstreinigungskraft des Schwemmland und zusätzliche Verunreinigungen dafür verantwortlich. Mit der Stauung der Donau lagert sich Schlamm ab, Krankheitskeime und Industrieschadstoffe gelangen aus den stehenden Gewässern durch Versickern ins Grundwasser. Im auf slowakischem Territorium gelegenen Stausee bei Cunovo werden sich die Schadstoffe schnell ansammeln und zu einer Verseuchung der slowakischen Grundwasserreserven führen. Der natürliche Kiestransport wird unterbrochen, schadstoffhaltiger Schlamm (z.B. mit Ölrückstände) setzt sich ungefiltert auf dem Flussgrund und an den Ufern ab und blockiert die wasserdurchlässige Kiesschicht, die einen Filter für die flussnahen Brunnen bildet. Aus ufernahen Deponien, vor allem unterhalb von Bratislava könnten durch den Aufstau zusätzliche Schadstoffe auslaugen und das Grundwasser vergiften. In der aufgestauten und erwärmten Donau kommt es durch erhöhte Nährstoffkonzentration zu einer Zunahme der Biomasse (Algen), was Faulschlammabbildung auf dem Flussgrund fördert. Der auf einer Länge von 30 km mit Asphalt abgedichtete Kanal ist für sich betrachtet schon ein schwerwiegender Eingriff, weil durch das verhinderte Einsickern von Flusswasser keine Speisung mehr des Grundwassers erfolgen kann. Die krebsauslösenden Kohlenwasserstoffe der Asphalt-schicht (Benzopyrene) stellen eine weitere Schadstoffquelle dar.<sup>9</sup>

### 1.3. Bodenverluste

Mit dem Bau des Seitenkanals, der Wehre, und der Kraftwerksanlage selber sind Flächenverluste von 8500 ha Donaulandschaft, davon 3000 ha durch die Verlängerung des Seitenkanals der Variante "C" verbunden. Nach Angaben des WWF Österreich soll es sich dabei um grösstenteils weniger wertvolle Flächen handeln. Mit dem Stausee von Cunovo (200 Mio. m<sup>3</sup>) zur Umleitung der Donau wurden weitere 60 km<sup>2</sup> Kulturland überschwemmt.

Gravierender für den Boden sind aber die indirekten Folgen, die sich aus der Veränderung des Wasserhaushaltes ergeben, weil sich damit die Stoffzusammensetzung des Bodens verändert, was wiederum eine veränderte Vegetation zur Folge hat. Wegen der günstigen Grundwasserverhältnisse stehen Kiesschwemmkegel wie die Schüttinseln häufig unter Kultur. Zusammen mit der Veränderung des Grundwasserspiegels gehen fruchtbare landwirtschaftliche Gebiete verloren. Man schätzt eine substantielle Abnahme der landwirtschaftlichen Produktion auf einer Nutzfläche von über 107'000 ha. Die Abnahme auf den am meisten betroffenen Böden (ca. 26'000 ha) entspricht etwa einer Jahresproduktion von 40'000 t Weizen. Gemäss des für Gabčíkovo zuständigen Spezialisten A. Zinke vom WWF Österreich würden "mit Sicherheit extreme, irreversible Schäden an den Auen und am wesentlich grösseren landwirtschaftlichen Gebiet

---

<sup>9</sup> Vgl. Perczel, K./Libik, G. a.a O., S.248f. und WWF Österreich: Auswirkungen des Kraftwerks, Wien 1992, S.3.

beiderseits der Donau auftreten"<sup>10</sup>, falls die Donau nicht mehr in ihr altes Bett zurückgeleitet würde.

#### **1.4. Abnahme der Waldfläche**

Mit dem Bau des Seitenkanals und der Kraftwerksanlage wurden bisher mehr als 4000 ha Auenwald zerstört. Als Vergleich: in der Auseinandersetzung um die österreichischen Donauauen bei Hainburg ging es um 800 ha Auenwald. Weitere 4200 ha werden unter dem erwarteten Wassermangel zu leiden haben. Man rechnet damit, dass innerhalb von drei bis fünf Jahren seit der Inbetriebnahme Gabčíkovos etwa 2700 ha Auenwald vertrocknen werden. Der jährliche Verlust an Weichholzproduktion (Pappeln, Weiden) beträgt 70'000 m<sup>3</sup>, was der Hälfte der gesamten Weichholzproduktion der Slowakei entspricht. Etwa 3600 ha der typischen Weichholz-Auenbäumen wie Pappel oder Weide müssten durch weniger wasserliebende Arten ersetzt werden.

Um ein vollständiges Austrocknen der Auen zu verhindern, begann die Slowakei im Herbst 1992 in Dobrohost (10 km nördlich von Gabčíkovo) mit dem Bau von Bewässerungsanlagen, die bis zu 300 m<sup>3</sup> Wasser pro Sekunde in das Altarmsystem der Donau führen sollen. Neue 60 m breite Kanäle und Rohrleitungen durch noch intakte Auengebiete erfordern weitere Kahlschläge und Erdbewegungen. Im Frühjahr 1993 wurde ein Testbetrieb aufgenommen. Für den WWF beweisen diese Aktionen den ökologischen Unverstand der slowakischen Ingenieure.<sup>11</sup>

Ferner bestehen von slowakischer Seite Pläne, im alten Donaubett einige Wehre zu bauen, "um den bisherigen Wasserstand zu halten und die Auenwälder vor dem Austrocknen zu schützen."<sup>12</sup> Dies würde jedoch die Zustimmung Ungarns erfordern.

#### **1.5. Hintergründe der ökologischen Bedrohung des Donauschwemmlandes (I.3)**

Die Hintergründe für die ökologischen Probleme im Zusammenhang mit der Flussumleitung sind einerseits in den ökogeographischen Bedingungen des Donauschwemmlandes, andererseits in der energieintensiven, aber wenig effizienten Schwerindustrie der Slowakei und des damit verbundenen weiteren Energiebedarfs zu finden.

Beim betroffenen Gebiet handelt es sich um ökologisch empfindliche Auengebiete und Schwemmebenen, deren Boden- und Vegetationszusammensetzung von der hydrologischen Dynamik (Hoch- und Niedrigwasser, Grundwasserspiegelschwankungen) abhängig ist. Dabei kommt es nicht nur auf die Wassermenge selbst an, sondern vor allem auf deren Periodizität. Das Ökosystem Auenwald braucht periodische Überflutungen

---

<sup>10</sup> WWF Österreich Presseinformation 4.11.92, S.3.

<sup>11</sup> Künstliche Bewässerungen bringen keine ökologischen Verbesserungen, da die Donauauen im Frühjahr von bis zu 10'000 m<sup>3</sup> Wasser pro Sekunde durchströmt werden (A. Zinke, WWF Österreich in einer Pressemitteilung vom 21.12.92).

<sup>12</sup> So der slowakische Ingenieur Voitech H. in der Frankfurter Rundschau 21.10.92, S.3.

abwechselnd mit Niedrigwasser ebenso wie die dadurch ausgelösten Schwankungen des Grundwasserspiegels. Durch die manchmal wochenlang andauernden Überschwemmungen werden dem Boden wertvolle Nährstoffe zugeführt.<sup>13</sup>

Die Slowakei besteht auf dem Staustufenprojekt, weil es für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unabdingbar sei und möchte deshalb die verfügbaren natürlichen Wasserressourcen der Donau für die Stromproduktion nutzen. Energiepolitisch und volkswirtschaftlich wird das Projekt jedoch als grosse Fehlinvestition betrachtet.<sup>14</sup> Seit dem Ausstieg Ungarns aus dem Projekt kann in Gabčíkovo nur noch bereits aus bestehenden Braunkohle- und Atomanlagen reichlich vorhandene Bandenergie erzeugt werden. Die teurere Spitzenenergie mit dem angesprochenen Kipp- und Schwellbetrieb wäre nur mit dem Damm von Nagymaros möglich gewesen. Die gesamte Anlage hätte jährlich 4000 GWh produzieren sollen, was einer Verdoppelung des hydroenergetischen Potentials der Slowakei entsprochen hätte.<sup>15</sup> Gabčíkovo allein soll nun 1600-1800 GWh/ Jahr produzieren, was 6,7-7,5% der gegenwärtigen slowakischen Elektrizitätsproduktion entspricht. Das slowakische Kernkraftwerk Bohunice V1 produziert als Vergleich 5000-6000 GWh/Jahr. Die Slowakei ist allerdings bestrebt, die strukturelle Abhängigkeit<sup>16</sup> von Tschechien zu mildern. Das Kraftwerk Gabčíkovo nimmt deshalb im Zuge der Unabhängigkeit der Slowakei als Autarkieoption einen weit höheren Stellenwert ein.

Das Umweltproblem ist bedingt reversibel (**L4**), wenn die Donau möglichst schnell, d.h. vor Beginn der Vegetationsperiode im März wieder in ihr altes Flussbett zurückgeführt wird. Bei langanhaltender Trockenlegung der Donauauen entstehen irreversible Schäden an den Ökosystemen der Auenwälder und an den Grundwasserspeichern des Schwemmlandes (Absenken des Grundwasserspiegels, Einsickern von Schadstoffen).

Das Umweltproblem hat regionale und grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Slowakei selber (v.a. Schüttinsel), Ungarn (Donau-Altarme, Mosuner Donau) und Österreich (Burgenland, Neusiedlersee). Die Gefährdung der Trinkwasserreserven beeinflusst längerfristig auch die Ballungsräume von Bratislava und Budapest.

---

13 Die Bedeutung der Hochwasserdynamik an der Donau wurde jedoch bereits durch zahlreiche, am Oberlauf der Donau liegende Kraftwerke und Stauwehre in Deutschland und Österreich relativiert.

14 Vgl. WWF Österreich: Auswirkungen des Kraftwerks, Wien 1992, S.3.

15 Liška, Miroslav (Vodohospodárska Výstava š.p. Bratislava): Wasserkraftwerk Gabčíkovo-Nagymaros (Stand September 1992), Bratislava 1992, S.3.

16 Die Slowakei wurde nach 1948 einseitig auf energieintensive Produktionsstufen, auf die Rüstungsindustrie und auf den Aussenhandel mit dem Ostblock ausgerichtet. Der Zusammenbruch des Ost-Ost-Handels, die Abrüstung und die mit der Unabhängigkeit gestoppten Nettotransferleistungen der Tschechischen Republik führen zu einer im Vergleich zu Tschechien wesentlich schlechteren wirtschaftlichen Ausgangslage (Vgl. NZZ 31.12.92).

## 2. Soziale Effekte des Kraftwerkbau und der Flussumleitung

### 2.1. Wirtschaftliche Probleme (II.1)

#### a) Landwirtschaftliche Produktion

Die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus der direkten und indirekten Degradation des Lebensraumes ergeben, wurden bereits angesprochen. Neben den Produktivitätsverlusten aus Land- und Forstwirtschaft ist noch mit einem völligen Zusammenbruch der traditionellen Fischerei entlang des betroffenen Donauabschnittes zu rechnen. Laich und junge Fische können sich nicht an die neuen Wasserfluktuationen und an die Verschlammung der Ufer anpassen: der Fischvorrat nimmt ab, die Artenzusammensetzung verändert sich. Im Seitenkanal kann sich keine Fischgemeinschaft über längere Zeit halten. Es wird geschätzt, dass die totale Fischproduktion um rund 2/3 abnehmen wird.

#### b) Industrieproduktion

Bisher wurden für den Kraftwerksbau Gabčíkovo rund 600 Mio. US\$ ausgegeben. Vernachlässigt wurden aber bisher die Folgekosten der Inbetriebnahme wie Reparatur und Wartung, künstliche Steuerung des Grundwasserspiegels, Bewässerungssysteme, um eine Austrocknung der Auen zu verhindern, verstärkter Hochwasserschutz, Ertragsverluste in Land- und Forstwirtschaft, Gewässerreinigung und Trinkwasseraufbereitung usw. Die Folgekosten aus Umweltveränderungen für die Slowakei und Ungarn können kaum beziffert werden. Ein ungarischer Regierungsbeauftragter schätzt die im Zusammenhang mit der Donaumleitung verbundenen Schäden auf umgerechnet 1,7 Milliarden US \$.<sup>17</sup>

Ein Hochwasser Ende November 1992 hat Schutzdämme der Baustelle bei Cunovo niedergerissen und tonnenschwere Schleusentore weggeschwemmt. Die Schäden an Maschinen und Baueinrichtungen sollen beträchtlich sein. Weitere Pannen mit defekten Schleusen und heftige Windböen auf dem Kanal mit starkem Wellengang führten zu einem teilweise Erliegen der Schifffahrt auf der Donau. Die für die Schifffahrt zuständige Donau-Kommission bemängelte inzwischen, dass der neue Seitenkanal nicht zur Verbesserung der Schifffahrt beitrage.<sup>18</sup> Der Kanal sollte ursprünglich zusammen mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal die letzte Lücke für die ganzjährige Verbindung von der Nordsee zum Schwarzen Meer schliessen.

---

<sup>17</sup> Der Bund, 26.1.93, S.5.

<sup>18</sup> WWF Österreich: Presseinformation vom 21.12.92, Anlage " Gabčíkovo-Zwischenbilanz Herbst 1992", S.2.

## 2.2. Folgen für die lokale Bevölkerung (II.2)

Der Kanal- und Staudammbau ging wesentlich auf Kosten der Lebensqualität der Bewohner auf den Schüttinseln. Die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die sozialen Folgen wurden kaum berücksichtigt. Für viele bedeutet der Kanalbau eine Beeinträchtigung oder gar eine Gefährdung der Existenzgrundlagen (meist Ackerbau, z.T. Viehwirtschaft und Fischfang). Einzelne Häuser mussten dem Kanal weichen, für die Landbedürfnisse des Kraftwerkbaus wurden die Einheimischen praktisch entschädigungslos enteignet. Mit der Absenkung des Grundwasserspiegels sind im betroffenen Gebiet etliche Hundert Brunnen in ungarischen und slowakischen Dörfern am Versiegen. Durch den entstandenen Wassermangel sind 24 Siedlungen mit rund 40'000 Einwohnern bedroht.<sup>19</sup> Die meisten Bewohner waren bisher nicht an das öffentliche Wassernetz angeschlossen, weil die Donau jeweils genug und kostenlos Wasser für ihre Brunnen garantierte. Viele, namentlich ältere Leute können sich jedoch keinen Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung leisten.

Sechzehn Ortschaften, insbesondere Dobrohost, Vojca und Bodiky, auf der Schüttinsel wurden mit der Fertigstellung des Kraftwerkes zwischen einem 12 m hohen Kanal und der Donau eingeklemmt. Weil das Geld für Brücken und Fähren<sup>20</sup> fehlt, müssen nun grosse Umwege in Kauf genommen werden. Isoliert zwischen Kanal und Donau könnte es in den betroffenen Dörfern bald einmal zu Abwanderungen kommen.

Von slowakischer Seite wird betont, dass sich die wirtschaftliche Situation in der Region mit dem Ausbau der Anlage, insbesondere mit dem Hochwasserschutz verbessert habe. Es könne mit einer intensiven Wirtschaftsentwicklung und einem "überdurchschnittlichen Anstieg des Lebensstandards der Bevölkerung" gerechnet werden.<sup>21</sup>

## 2.3. Minderheitenprobleme (II.3)

Der Kanal zerschneidet eines der grössten Siedlungsgebiete der ungarischen Minderheit in der Slowakei. In der Slowakei mit ihren 5 Mio. Einwohnern leben rund 600'000 Ungarn, die meisten in geschlossenen Siedlungsräumen im Süden der Slowakei. Bisher sah diese Minderheit ihre Rechte im einheitlichen Bundesstaat der Tschechoslowakei gewahrt. In der slowakischen Verfassung möchten sie ihre Rechte besser verankern und fordern deshalb eine Autonomie nach dem Vorbild Südtirols.<sup>22</sup> In der Slowakei, wo seit Beginn des Teilungsprozesses wieder vermehrt nationalistische Töne angeschlagen werden, fürchtet man bereits irredentistische Bestrebungen Ungarns und reagiert mit

---

<sup>19</sup> Der Bund, 26.1.93, S.5.

<sup>20</sup> Im Dezember 1992 musste ein neu eingerichteter Fährbetrieb bereits nach zwei Tagen wegen Windböen wieder eingestellt werden.

<sup>21</sup> Liška, M., 1992, a.a.O., S.5.

<sup>22</sup> Vgl. Interview mit dem ungarischen Aussenminister Geza Jeszensky im Tages Anzeiger vom 16.2.93.

Abwehrmassnahmen. So wurden bereits viele ungarisch angeschriebene Strassenschilder durch slowakische ersetzt. Historische Animositäten - die Slowaken waren Tausend Jahre die Untertanen Ungarns - spielen immer noch eine Rolle in den slowakisch-ungarischen Beziehungen. Grossungarische Nationalisten, die die Abtretungen Ungarns nach dem 1. Weltkrieg (Vertrag von Trianon) nicht akzeptieren, sind eine kleine Minderheit. Sie schüren aber die Spannungen, weil sie die Existenz der Slowakei offen in Frage stellen. Die ungarische Forderung nach Liquidierung des Kraftwerkes Gabčíkovo wird in diesem Zusammenhang von slowakischer Seite als "Vorspiel" zu konkreten Gebietsforderungen betrachtet.<sup>23</sup>

Offiziell streiten beide Seiten einen Zusammenhang zwischen der Frage der Donauumleitung und dem Minderheitenproblem ab.<sup>24</sup> Da die lokale Bevölkerung auf der Schüttinsel aber zu 75% ungarischsprachig ist, wird der Konflikt um Gabčíkovo häufig in die Auseinandersetzungen um den Minderheitenschutz in der Slowakei einbezogen. Von offizieller slowakischer Seite wird der betroffenen Bevölkerung das Recht zu protestieren oder die Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung abgesprochen. Die Proteste werden als Aktionen der ungarischsprachigen Minderheit dargestellt, die nicht die "slowakischen Interessen" verträte. Die gegenwärtige Ablehnung eines Teils der lokalen Bevölkerung sei vor allem politisch motiviert.<sup>25</sup> Dabei haben auch slowakische und tschechische Wissenschaftler und Umweltschützer schon lange den Kraftwerksbau kritisiert. Auch slowakische Bürgerbewegungen, wie die "Slowakische Union der Natur- und Landschaftsschützer" (SZOPK), engagierten sich sehr stark und kritisierten die Verknüpfung von Gabčíkovo und Minderheitenproblematik.<sup>26</sup>

#### **2.4. Räumliche Ausdehnung der sozialen Effekte (II.4)**

Die sozialen Effekte für die direkt Betroffenen auf der Schüttinsel sind vorläufig noch auf ein Land - die Slowakei - beschränkt, bei einer Verschärfung der Grundwassersituation sind aber auch die Bewohner auf der ungarischen Donauseite und am südlichen Donauarm (Mosuner Donau) in ihrer Existenzgrundlage bedroht. Im Extremfall könnte das Absenken des Grundwasserspiegels sogar Teile des Burgenlandes betreffen. Eine internationale Emigration von Ungarischstämmigen ist möglich, aber vorläufig nicht zu erwarten.

---

<sup>23</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau 21.10.92, S.3.

<sup>24</sup> Vgl. Kwasny, Kurt: Gabčíkovo - Donauwasser auf die Mühlen nationalistischer Vorurteile. In: Europäische Sicherheit 2/93, S.74.

<sup>25</sup> Liška, M., 1992, a.a.O., S.5.

<sup>26</sup> So die SZOPK und Green Circle of Czechoslovakia in einem Brief an Staatssekretär Douglas Hurd vom 24. November 1992: "As Slovaks we want to stress that this project is problematic not only for Hungary. We are very unhappy that this cause is now being presented as a minority problem. In fact people on both sides of the border were never asked or officially informed about the impacts nor did they have the chance to directly express their concerns."

### 3. Der Konfliktverlauf

In der Auseinandersetzung um den Bau des Kraftwerkes und des Staustufensystems Gabčíkovo (sogenannte Variante "C") hat sich zwischen den Hauptparteien Slowakei und Ungarn seit der Baustoppverfügung Ungarns 1989 ein zwischenstaatlicher Konflikt entwickelt. Nebenparteien sind Österreich und die Europäische Gemeinschaft. Die tschechoslowakische Föderalregierung vertrat bis Ende 1992 die Slowakei offiziell bei den Verhandlungen um eine Beilegung des Konfliktes.

Der Konflikt bezieht sich auf ökologische Fragen (Flussumleitung, Absenkung des Grundwasserspiegels, Zerstörung von Naturlandschaften) in Kombination *mit anderen Elementen (III.2)*:

*ethnische Fragen* im Zusammenhang mit dem Schutz der ungarischen Minderheit in der Slowakei;

*wirtschaftliche und staatspolitische Interessen der Slowakei*: Ausbau der Energieversorgung, Demonstration der nationalen Eigenständigkeit;

*rechtliche Fragen*: Verletzung völkerrechtlicher Verträge (Staatsvertrag von 1977 über das Gabčíkovo-Nagymaros-Projekt, Friedensverträge von Trianon und Paris, Belgrader Konvention über die Navigation auf der Donau u.a.)

In diesem Zusammenhang sind die ökologischen Probleme ungefähr *gleich bedeutsam* als Konfliktquelle wie andere genannte Probleme. Der Kraftwerksbau wird aber zunehmend von beiden Seiten in der Minderheitenfrage instrumentalisiert. Ökologische Folgen erscheinen oft als Vorwand, um Minderheitenrechte geltend zu machen.

Der Konflikt kann im wesentlichen als *bilateral (III.4)* bezeichnet werden, der zu einer Intervention einer Drittpartei (EG) *ausserhalb* der Region geführt hat. Die tschechoslowakische Bundesregierung war vor der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei die offizielle Konfliktpartei, die sich noch kompromissbereiter zeigte. Sie konnte sich aber später immer weniger gegen die Eigeninteressen der Slowakei durchsetzen. Österreich spielt vor allem unterhalb der staatlichen Ebene bei der grenzüberschreitenden Koordinierung und Organisation von Umweltschutzgruppen und Bürgeraktionen in allen drei Anliegerstaaten eine wichtige Rolle (WWF, ECOROPA, Global 2000, Donaukreis, SZOPK).

#### 3.2. Interessen und Ziele der Parteien (III.5)

*Ungarn* verlangt die Behebung des ökologischen Problems, das den Konflikt verursacht hat, d.h. den Abbruch des Kanals und der Kraftwerksanlagen und die Rückführung der Donau in ihr altes Bett. Die Regierung Antall ist an den kleinen Spielraum gebunden, den ihr das ungarische Parlament mit dieser Forderung gesetzt hat. Demnach darf der Premier nur über den Abbruch oder über einen Baustopp verhandeln. Seit der Verfügung des eigenen Baustopps gibt es von ungarischer Seite kein Abrücken von

der generellen Forderung, das Projekt ganz aufzugeben. Für Ungarn stellt die Abkehr vom Staudammprojekt - eine Verkörperung des stalinistischen Gigantomane - den Beginn des demokratischen Wandels dar. Sicherheitspolitische Interessen Ungarns betreffen einerseits den durch die eigentliche Flussumleitung implizierten Verlust über die Kontrolle über Durchflussmenge und Schifffahrtsverkehr auf einer Strecke von rund dreissig Kilometern und andererseits den Schutz der ungarischen Minderheit. Da die Slowaken im Gegensatz zu den ursprünglichen gemeinsamen Plänen jetzt bestimmen können, wieviel Wasser durch den Kanal beziehungsweise ins alte Donaubett geleitet wird, fürchtet Ungarn, die Kontrolle über Wassermengen und Schifffahrt zu verlieren. Ferner verlangt Ungarn den Schutz der nationalen Minderheit in der Slowakei, der "jetzt nicht noch das Trinkwasser weggenommen werden soll."<sup>27</sup> Ungarn wirft den Slowaken vor, es gehe ihnen auch darum, ungarisches Siedlungsgebiet zu zerstören.

Die *Slowakei* möchte aus wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen am Projekt festhalten. Die slowakische Wirtschaft ist zur Zeit erheblich mit den Problemen der Konversion der rüstungslastigen Industrie, des Privatisierungsprozesses und der Einführung marktwirtschaftlicher Beziehungen beschäftigt.<sup>28</sup> Sie betrachtet das Kraftwerk ferner als Beitrag zur Verminderung der Energieabhängigkeit von Tschechien und nicht zuletzt als Prestigeobjekt zur Demonstration der nationalen Stärke. Die slowakischen Gründe für den Kraftwerksbau sind, neben der Energienutzung mit Einsparungsmöglichkeiten von rund 4 Mio. t Braunkohle oder 1,4 Mio. t Erdöl pro Jahr, Hochwasserschutz, Gewährleistung der ganzjährigen Schifffahrt und schliesslich neue Möglichkeiten für Freizeit und Sport.<sup>29</sup> Ein Abbruch des fast fertiggestellten Wasserkraftwerkes würde grössere Kosten verursachen als der eigentliche Bau der Anlage, eine "Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes an der Donau", wie er von Ungarn gefordert wird, dürfte schon wegen der teuren Rekultivierung der freiwerdenden Flächen kaum zu bewerkstelligen sein.<sup>30</sup>

**(III.8, III.9)** Die ökologischen Folgen werden von beiden Parteien sehr unterschiedlich bewertet. Ungarn betrachtet die Umweltfolgen als gravierend und dringend und spricht von einer ökologischen Katastrophe innerhalb weniger Jahre. Die Slowakei verharmlost die ökologischen Konsequenzen und betont die Vorteile des Hochwasserschutzes durch den Kanalbau. Die ökologischen Folgen seien, so der Pressesprecher der slowakischen Regierung, "so minimalisiert worden, dass wir die wenigen Probleme, die heute noch entstehen könnten, von heute auf morgen lösen werden."<sup>31</sup> Ausserdem war die Inbetriebnahme an die Erfüllung eines Katalogs von neunzehn Auflagen der Slo-

---

27 Die Tageszeitung 12.11.92.

28 Liška, Miroslav (Vodohospodárska Výstava, Bratislava): Gabčíkovo-Nagymaros Project. Basic information about its actual state and perspectives, Bratislava 1991, S.35.

29 Vgl. Liška, M., 1992 a.a.O., S.2f.; TA 11.11.92.

30 Vgl. Liška M., 1991, a.a.O., S.33f.

31 Bohuslav Geci in einem Interview mit der Die Tageszeitung (12.11.92).

wakischen Umweltkommission gebunden (vgl. 3.3.).<sup>32</sup> Die tschechoslowakische Seite, bekräftigt durch internationale Gutachten (Bechtel Environmental Inc., USA und Hydro Quebec International, Kanada), kam zum Schluss, dass keine ökologische Katastrophe zu befürchten sei. Im Gegenteil: Die Stauseen würden sich eher noch vorteilhaft auf die Umweltsituation auswirken und zur Verbesserung der Wasserqualität beitragen, ausserdem würde damit auch die Erosion der Flussole, die zu einer schädlichen Grundwasserabsenkung und zu niedrigen Wasserständen geführt habe, unterbunden. Der Nutzen würde bei weitem die allfälligen Schäden überwiegen.<sup>33</sup> Das Donauprojekt wird sogar als "echtes Umweltprojekt" bezeichnet, weil es die "gegenseitig harmlose Koexistenz von Menschen und Natur in der Donauebene sicherstelle"<sup>34</sup>.

Der Konflikt wird von Ungarn als *ökologischer Konflikt mit starken sozialen und ethnischen Komponenten* betrachtet. Ethnische (Minderheitenschutz) und territoriale Fragen (Grenzverletzung wegen Flussumleitung) drängen oft in den Vordergrund. Der Konflikt ist für die Slowakei traditionell, ökologische Fragen spielen kaum eine Rolle und werden höchstens als Vorwand für einen Angriff auf die nationale Souveränität der Slowakei, vor allem im Zusammenhang mit radikalen irredentistischen Äusserungen ungarischer Nationalisten, angesehen.

### **3.2. Zum Konfliktaustrag zur Verfügung stehende Mittel (III.10, III.11)**

#### **3.2.1. Ökonomische Mittel**

Wegen der schlechten Wirtschaftslage, in der Slowakei noch mehr als in Ungarn, und der durch den Systemwechsel bedingten spezifischen Problemen (Privatisierung, Konversion von Rüstungsbetrieben, Arbeitslosigkeit u.a.) stehen beiden Parteien kaum ökonomische Mittel zum Konfliktaustrag zur Verfügung. Theoretisch besteht die Möglichkeit von Wirtschaftssanktionen oder Blockaden, denn die Slowakei ist ein Transitland für Öl- und Gasleitungen sowie für Verkehrswege. Da sich aber Ungarn in der stärkeren wirtschaftlichen Position befindet, ist diese Möglichkeit praktisch auszuschliessen. Ebenso ist die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung zu gering für effektive Strafmassnahmen.<sup>35</sup>

---

32 Vodohospodárska Výstaba, Bratislava: Gabčíkovo-Nagymaros Project. Standpoint of the Czechoslovak side and answers to questions, April 1992, S.27-29.

33 Liška, M., 1992, a.a.O., S. 6.

34 Liška, M., 1991, a.a.O., S.27.

35 Die Exportquote für Ungarn bzw. die Tschechoslowakei betrug 1990 je 4% des Aussenhandelsvolumens.

### **3.2.2. Politische und diplomatische Mittel**

#### 3.2.2.1. Tschechoslowakei bzw. Slowakei

Bereits kurz nach dem ungarischen Baustopp in Nagymaros 1989 kam es seitens der CSFR zu ersten Schadenersatzforderungen wegen Nichterfüllung des Staatsvertrages von 1977. Die CSFR hat in der Folge zweimal eine wissenschaftliche Untersuchung der ökologischen Folgen des Kraftwerkes angeregt (1990 und 1991), was Ungarn in beiden Fällen ablehnte.<sup>36</sup>

Die Slowakei wirft Ungarn vor, mit dem Konflikt von eigenen internen Schwierigkeiten wegen des Drucks rechtsgerichteter nationalistischer Kreise<sup>37</sup> abzulenken und den Slowaken den Weg in die Unabhängigkeit behindern zu wollen. Ausserdem bringe Ungarn ideologische und politische Argumente dort ins Spiel, wo es in Wirklichkeit um technische Fragen gehe.<sup>38</sup> Das ungarische Vorgehen basiere nicht auf sachlichen Argumenten, sondern in der Beschwörung einer ökologischen Katastrophe.<sup>39</sup> Andererseits schürt der slowakische Nationalismus die Ängste der ungarischen Minderheit. Der Konflikt um Gabčíkovo scheint ein willkommener Anlass zu sein, diese Minderheit einzuschüchtern. Aus Angst vor Repressionen hätten viele unmittelbar betroffene Ungarn verzichtet, sich an Demonstrationen gegen den Kraftwerksbau zu beteiligen.<sup>40</sup> Aus slowakischer Sicht sind die Proteste der Lokalbevölkerung gegen das Projekt weitgehend politisch motiviert.<sup>41</sup> Ebenso wird die slowakische Minderheit in Ungarn in die Minderheitendiskussion einbezogen. Bei einer Ungarnvisite im Spätsommer 1992 besuchte der slowakische Regierungschef Meciar demonstrativ zuerst die Führer der slowakischen Volksgruppe in Ungarn, die etwa 110'000 Personen zählt.

Die Föderalregierung der CSFR, die offiziell bis Ende 1992 die Konfliktpartei gegenüber Dritten vertrat, konnte sich immer weniger gegenüber der Slowakei durchsetzen. Obwohl die tschechischen Mitglieder der Föderalregierung einen Baustopp verlangten, bis eine internationale Kommission Klarheit schaffen würde, führten die Slowaken ihre Arbeiten fort und setzten sich über etliche Beschlüsse der Föderalregierung hinweg.

Die Föderalregierung hat sich allerdings nie besonders stark gegen die Fertigstellung des Staustufensystems eingesetzt. Nach der Revolution von 1989 stand der Erhalt des gemeinsamen Staates im Vordergrund, Gabčíkovo sollte nicht zu einem weiteren Konflikt zwischen Tschechen und Slowaken werden. Und im Zuge der Auflösung der

---

<sup>36</sup> Vodohospodárska Výstaba Bratislava, 1992, a.a.O., S.1-2.

<sup>37</sup> Diese Angst ist nicht ganz unbegründet: Rechtsgerichtete ungarische Nationalisten wollen einen "neuen ungarischen Lebensraum" schaffen und zum "Schutz der ungarischen Minderheit" nach Gabčíkovo ziehen. Sie fordern unverhohlen die Revision der Grenzen (Die Tageszeitung 26.10.92; vgl. auch Vodohospodárska Výstaba, Bratislava, 1992, a.a.O., S.5f.).

<sup>38</sup> Vgl. Kwasny, Kurt, a.a.O., S. 75.

<sup>39</sup> Vodohospodárska Výstaba Bratislava, 1992, a.a.O., S.4.

<sup>40</sup> So der stellvertretende Bürgermeister von Dunajská Streda im SPIEGEL 45/92, S.244.

<sup>41</sup> Liška, M., 1991, a.a.O., S.5.

CSFR wollten die Tschechen nicht in einen slowakisch-ungarischen Konflikt hinein-gezogen werden.

### 3.2.2.2. Ungarn

Nach der Verfügung des Baustopps bot Ungarn im Sommer 1989 der Tschechoslowakei zum erstmal Verhandlungen über die Veränderungen des Staatsvertrages bzw. über den Abschluss eines neuen Vertrages an. Ein Kompromissangebot Ungarns über eine gemeinsame Fortführung des Projektes ohne Nagymaros wurde schon nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen.<sup>42</sup> 1990 kamen die Verhandlungen wegen dem Systemwechsel in beiden Ländern, aber auch wegen der kategorischen Forderung Ungarns nach einem Baustopp in Gabčíkovo zum Erliegen. 1991 kam es zu drei Verhandlungsrunden zwischen Regierungsdelegationen. Man kam überein, eine Fachkommission zu schaffen, der auch neutrale Spezialisten aus Drittländern angehören sollten. Die ungarische Delegation verlangte als Voraussetzung zur Schaffung einer solchen Kommission die Sistierung sämtlicher Arbeiten, die eine einseitige Umleitung der Donau zur Folge hätten. Die im Dezember 1991 von der tschechoslowakischen Regierung getroffene Entscheidung zum Bau der Staustufe Cunovo und zur Verlängerung des Seitenkanals brachte die ungarische Seite nach eigener Einschätzung in die Zwangslage, den Staatsvertrag von 1977 zu kündigen.<sup>43</sup>

Ungarn versucht auch, über seinen Nachbarn Österreich Einfluss zu nehmen. In einem Brief an Bundeskanzler Vranitzky warnte Regierungschef Antall davor, die Slowaken beim Kanalbau zu unterstützen, denn die Bauarbeiten seien rechtswidrig und verstießen gegen das Völkerrecht.<sup>44</sup> In der Tat konnte der Erweiterungsbau zur Verlängerung des Seitenkanals nur dank österreichischer Hilfe so schnell bewerkstelligt werden. Die Regierung Vranitzky erwiderte, dass sie keinen Einfluss auf die Aktivitäten von Privatunternehmen ausüben könne. Ironischerweise stammen aber die Betonquader zur Stauung der Donau bei Cunovo aus Ungarn.

Auf internationaler Ebene hat der ungarische Ministerpräsident Ende Oktober 1992 im Vorfeld der Umleitung der Donau verschiedene Staatsoberhäupter - darunter auch der damalige schweizerische Bundespräsident Felber - um Vermittlung gebeten, sich gleichzeitig an UNO-Generalsekretär Boutros Ghali und an den Internationalen Gerichtshof gewandt und den Fall dem KSZE-Krisenstab übergeben. Ungarn hat den Vorteil, - im Gegensatz zur noch jungen slowakischen Republik - im Westen diplomatisch gut eingeführt zu sein. Ungarn gibt zu verstehen, dass es die Möglichkeit hätte, die automatische Rechtsnachfolge der selbständigen Slowakei bei der Aufnahme in

---

42 Der kurzfristige Rückzug des Angebots wird von slowakischer Seite als taktisches Manöver interpretiert, um eine rein slowakische Lösung zu verhindern (vgl. Vodohospodárska Výstaba, Bratislava, 1992, a.a.O., S.5).

43 Brief des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn an den Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, René Felber (inoffizielle Übersetzung).

44 Der SPIEGEL 21/92 S.213.

internationale Organisationen in Frage zu stellen. Ferner könnte Ungarn den Freihandel der "Visegrader Drei" auf die Slowakei als viertes Land verweigern und sich einer weiteren Zusammenarbeit mit Bratislava überhaupt verschliessen. Ein solcher verhärteter Kurs könnte aber auf der anderen Seite wieder Nachteile für die ungarische Minderheit in der Slowakei bringen.

### 3.2.2.3. Die Europäische Gemeinschaft

Nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen der Slowakei und Ungarn hat sich die EG in die Vermittlungen eingeschaltet. Unter der Bedingung, dass die Gespräche eher technischer als politischer Natur sind und die Slowakei keine "irreversiblen" Arbeiten am Projekt unternimmt, hat sich die EG bereit erklärt zu vermitteln.<sup>45</sup>

Der Versuch, unter Beteiligung der EG eine Expertenkommission zur Abklärung der Umweltfolgen ins Leben zu rufen, scheiterte bisher an der slowakischen Weigerung, die Umleitung bis zum Urteil der Kommission zu unterbrechen. Verschiedene Umweltorganisationen stellten jedoch die Unabhängigkeit und die wissenschaftliche Kompetenz der Experten in Frage, ausserdem sei ihr Aufgabenbereich zu eng gewesen. So hätten die Sachverständigen bloss die technischen Bedürfnisse zur Fortführung der Bauarbeiten untersucht. Die Wiederauffüllung des alten Donaubettes wurde nicht empfohlen.<sup>46</sup>

Am 30. Oktober 1992 einigten sich die EG, Ungarn und die Tschechoslowakei auf einen 4-Punkte-Plan, der folgendes beinhaltet:

1. Einstellung der Bauarbeiten am Staustufensystem Gabčíkovo,
2. Rückleitung der Donau,
3. Beteiligung an einem EG-Expertenteam und
4. Bereitschaft, sich einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu beugen.

Die Slowakei sich auch nach drei Verhandlungsrunden nicht an die wichtigsten Punkte 1 und 2 gehalten. Die Slowakei verfolgt damit die bisherige Taktik, einerseits die Punkte 3 und 4 zu akzeptieren, andererseits die Bauarbeiten weiterzuführen.<sup>47</sup> Über ein temporäres Management der Donau - Aufteilung der Wassermenge, Baustopp und keine weiteren präjudizierenden Massnahmen - bis zu einem Entscheid des Internationalen Gerichtshof konnten sich die beiden Konfliktparteien bis jetzt nicht einigen. Die Slowakei macht ferner deutlich, dass bei allfälligen Verhandlungen am Internationalen Gerichtshof in Den Haag auch über die Entschädigungsfrage und den Vertragsbruch von Seiten Ungarns diskutiert werden müsse. Einen ersten Erfolg konnten die Kon-

---

<sup>45</sup> Vgl. Financial Times vom 23.10.92

<sup>46</sup> Vgl. Zinke, A. (WWF Österreich): Information on the Diversion of the Danube for Putting the Gabčíkovo Project into Operation, Wien 13.11.92, S.3 und Brief des Donaukreises (Duna Kör) vom 15.11.92 an den Präsidenten und Vizepräsidenten der EG-Kommission J. Delors und H. Andriessen.

<sup>47</sup> Nach Einschätzung eines ungarischen Experten ist die Slowakei zur Zeit technisch nicht in der Lage, mehr Wasser ins alte Flussbett zu leiten (vgl. Der Bund, 26.1.93, S.5).

fliktparteien Ende April 1993 erreichen: Die Formulierung eines gemeinsamen Ansuchens für den Internationalen Gerichtshof kam zustande. Der Punkt 4 des Londoner Memorandums wurde damit zumindest teilweise erfüllt.

In der EG selber hat die Schaffung vollendeter Tatsachen mit der Umleitung Befremden ausgelöst. Vor allem Deutschland fühlt sich Ungarn wegen dessen Vorreiterrolle bei der Öffnung des Eisernen Vorhangs besonders verpflichtet. Der deutsche Ausussenminister Klaus Kinkel warnte vor den wirtschaftlichen Konsequenzen einer übereilten Aktion wie der Umleitung der Donau. Ende Oktober 1992 liess er verlauten, dass - ohne die Slowakei namentlich zu erwähnen - der Goodwill der EG zur Wirtschaftshilfe gefährdet sei.<sup>48</sup> Das Europaparlament hat seit der Donauumleitung bereits zwei Resolutionen zu Gabčíkovo verabschiedet (am 28.10.92 und am 12.3.93). Im ersten Entschliessungsantrag wird die Slowakei u.a. aufgefordert, die Bauarbeiten einzustellen. An die EG-Kommission erging die Forderung, Initiativen zur diplomatischen Konfliktlösung energisch zu unterstützen und falls notwendig, selbst Kontakte zur KSZE und zur UNO aufzunehmen.<sup>49</sup> Im Antrag ist ferner die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung mit unabhängigen Experten vorgesehen. In der zweiten Resolution wird ein Kompromissvorschlag für die Wasseraufteilung (50-75% im alten Donaubett) unterstützt und die slowakische Regierung aufgefordert, sich flexibler und kooperativer zu zeigen. Weitere Punkte betreffen die finanzielle Kompensation für mögliche Verluste der Slowakei in der Energieproduktion, eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung und ein internationales Schutzgebiet im Donauschwemmland entlang der slowakisch-ungarischen Grenze.<sup>50</sup>

### 3.3. Rechtliche Mittel

Die einseitige Umleitung der Donau wird von slowakischer Seite als Antwort auf den Baustopp des ungarischen Teilprojektes 1989 und auf die Kündigung des Staatsvertrages von 1977 im Mai 1992 verstanden. Die Slowakei betrachtet die ungarischen Beschlüsse zur Einstellung der Bauarbeiten als unrechtmässig und fühlt sich selber immer noch an den Staatsvertrag von 1977 gebunden.<sup>51</sup> Für die ungarische Seite war die Stilllegung der Bauarbeiten "nicht nur ein unumgänglicher, sondern ein mit dem Völkerrecht im Einklang stehender Schritt".<sup>52</sup> Die ungarische Seite habe sich in einem ökologischen Zugzwang befunden; es galt, die wesentlichen Interessen des Landes und der betroffenen Bevölkerung zu wahren. Der Vertrag von 1977 habe nicht den nationa-

---

48 Financial Times 27.10.92.

49 Gemeinsame Entschliessung des Europäischen Parlamentes vom 28. Oktober 1992.

50 WWF Pressemitteilung 12.3.93.

51 Zu den Rechtsaspekten des Konfliktes aus slowakischer Sicht vgl. Vodohospodárska Výstava, Bratislava September 1992, a.a.O., S.8.

52 Brief des Ministerpräsidenten der Ungarischen Republik an den Vorsitzenden der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik M. Calfa vom 26. Februar 1992 (inoffizielle Übersetzung).

len Interessen Ungarns entsprochen, weshalb Ungarn gemäss geltender Prinzipien des Völkerrechts berechtigt gewesen sei, den Baustopp zu verfügen.

Ob die Einstellung der Bauarbeiten 1989 eine Verletzung des Staatsvertrages von 1977 ist, ist rechtlich noch nicht geklärt. Es steht lediglich fest, dass im namentlichen Vertrag keine Klausel über eine allfällige Kündigung vorgesehen war, was juristisch auf einen Vertragsbruch hindeuten könnte.<sup>53</sup> Laut Art. 26 des Vertrages ist die vertragsbrüchige Seite für alle verursachten Schäden verantwortlich zu machen.<sup>54</sup>

Die einseitige Umleitung der Donau (Variante "C") stellt jedoch eine massive Verletzung etablierter und fundamentaler Prinzipien des Völkerrechts zur Nutzung internationaler Flüsse dar, nämlich des Prinzips der guten Nachbarschaft und des Prinzips der gemeinsamen Nutzung.<sup>55</sup> Gemäss einer vom WWF Österreich in Auftrag gegebenen Rechtsstudie<sup>56</sup> ist die Variante "C" ein unilaterales Projekt und wurde von Ungarn nicht gebilligt. Die Slowakei kann sich somit nicht auf die Zustimmung Ungarns im Vertrag von 1977 zur Umleitung der Donau stützen. Diese Zustimmung galt nur im Falle eines gemeinsamen Projektes und einer gemeinsamen Umleitung. Die Variante "C" wäre wegen irreversibler Schäden selbst bei einer angenommenen Verletzung der Staatsvertrages von 1977 durch Ungarn keine legitime Antwort auf eine Nichteinhaltung der Vereinbarungen. Nach slowakischer Darstellung ist eine Fortführung des Kraftwerkbaus wegen hoher wirtschaftlicher Verluste solange gerechtfertigt, als die "Bedrohung einer ökologischen Katastrophe" nicht erwiesen sei.<sup>57</sup> Die Slowakei macht geltend, dass Ungarn keine rechtlich vorgesehenen Gründe für die Kündigung vorweisen kann und beansprucht als erfüllende Vertragspartei das Recht auf "Gegenmassnahmen zeitweiligen Charakters, die zur Erfüllung des Zieles des Vertrages und zur Verminderung der Verluste und der Schäden führen"<sup>58</sup>. Die Slowakei ist bereit, die Variante "C" als provisorische Lösung zu betrachten und jederzeit zur ursprünglichen Lösung zurückzukehren, falls Ungarn entsprechende Vertragsgarantien vorlege.<sup>59</sup>

53 Vgl. Kwasny, Kurt, a.a.O., S.74.

54 Liška, M., 1992, a.a.O., S.8.

55 U.a. der Wiener Staatsvertrag von 1955 (Artikel über die Schifffahrt), die Belgrader Konvention von 1948 über die freie Schifffahrt, die Bucharester Konvention von 1958 über die Fischerei entlang der Donau. Die Flussumleitung stellt ferner eine Verletzung einer Reihe von Abkommen zum Schutz von natürlichen Lebensräumen, insbesondere der Ramsar Convention on Wetlands of International Importance (1971) und der Bern Convention on the Conservation of European Wildlife and Natural Habitat. Für völkerrechtliche Verträge, die für das Donaubecken zur Anwendung kommen vgl. Westing, Arthur H.: Environmental Security for the Danube Basin. In: Environmental Conservation Vol.16, No.4 1989, S.323-329.

56 Zu den rechtlichen Fragen der Donaumleitung vgl. die Studie von Dr. Berrisch: Construction and Operation of Variant "C" of the Gabčíkovo-Nagymaros Project under International Law.

57 Vgl. Liška, M., 1991, a.a.O., S.38. Hier stellt sich das Problem der Beweislastumkehr: Da die ökologischen Einwirkungen meist indirekt und verzögert eintreten, können irreversible Schädigungen oft nicht frühzeitig erkannt werden bzw. nachgewiesen werden. Die Slowakei müsste also in diesem Fall den Nachweis erbringen, dass der Kraftwerkbetrieb umweltverträglich ist und nicht von der anderen Vertragspartei verlangen, die Unbestrittenheit ökologischer Schäden darzulegen.

58 Liška, M., 1992, a.a.O., S.8

59 ebd.

In Fachkreisen ist es ferner umstritten, ob die Variante "C" eine Verletzung von Grenzabkommen darstellt. In den Friedensverträgen von Trianon (1920) und Paris (1947) wurde die schiffbare Mittellinie (Talweg) der Donau als Grenze zwischen Ungarn und der Slowakei ausgewiesen; mit der Verlegung des Flusses nach Norden liegt nach ungarischer Auffassung eine eindeutige Grenzverletzung vor (obgleich sie eigentlich zugunsten Ungarns wäre).<sup>60</sup>

Im Februar 1993 wurde ein internes Dokument des slowakischen Umweltministers Zlocha an die Regierung öffentliche bekannt, wonach die Bauarbeiten am Kraftwerk, die Flussumleitung und die Nutzung des Donauwassers ohne seine Erlaubnis bzw. nicht in Übereinstimmung mit dem Auflagenkatalog des slowakischen Umweltministeriums erfolgt seien. Es wird kritisiert, dass der Generalunternehmer nur Teilresultate seiner Untersuchungen über die Einwirkungen des Projektes geliefert habe. Insbesondere fehle ein Bericht über die Folgen für das Grundwasser. Damit wurden selbst in der Slowakei Zweifel an der Legalität der Donauumleitung laut. Die slowakische Umweltschutzgruppe SZOPK hat sich inzwischen an den slowakischen Staatsanwalt gewandt, mit der Bitte, die Rechtmässigkeit von Bau und Betrieb Gabčíkovos zu untersuchen.<sup>61</sup>

Ferner wollen auch österreichische Umweltorganisationen auf dem Rechtsweg aktiv werden und geben zu erkennen, dass sie rechtliche Möglichkeiten gegen die Slowakei im Falle einer Beeinflussung österreichischen Grundwassers prüfen würden.<sup>62</sup>

Es wird möglicherweise Jahre dauern bis ein Entscheid des im April 1993 angerufenen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der sich mit diesen strittigen Punkten befasst, definitiven Aufschluss über die Rechtslage geben wird.

### **3.4. Militärische Mittel**

Auf slowakischer Seite umfasst die Armee nun rund 40'000 Mann Friedensstärke. Hinzukommen rund 480 Kampfpanzer, 700 gepanzerte Kampffahrzeuge, 383 Artilleriegeschütze, 115 Kampfflugzeuge und 27 Kampfhubschrauber.<sup>63</sup>

Ungarn hat bereits 1990 eine 30%ige Streitkräftereduktion eingeleitet. Gemäss den KSZE-Verträgen wurde Ungarn 100'000 Mann Friedensstärke, 835 Kampfpanzer, 1600 gepanzerte Kampffahrzeuge, 840 Artilleriesysteme, 180 Kampfflugzeuge und 108 Kampfhubschrauber zugestanden.<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> Vgl. Anm. 56.

<sup>61</sup> WWF Pressemitteilung vom 12.3.93.

<sup>62</sup> WWF Österreich: Pressemitteilung vom 29.10.92, S.4.

<sup>63</sup> Die Trennung der Tschechoslowakei führte zu einer Aufteilung der tschechoslowakischen Armee im Verhältnis 2 (Tschechien):1 (Slowakei). Zahlen aus ASMZ 12/92 S.619.

<sup>64</sup> Zahlen aus VSN Bulletin, 4/92, S.22.

Die Gefahr militärischer und gewaltsamer Zusammenstöße ist vorhanden, obwohl ein Ausbruch kriegerischer Handlungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sehr wahrscheinlich ist.

Die ungarische Regierung hat mehrmals jegliche Militäraktionen ausgeschlossen, liess aber alle anderen Optionen offen.<sup>65</sup> Ob bei einer Entwicklung hin zu gewaltsamer Unterdrückung bzw. Vertreibung der ungarischen Minderheiten, die Regierung doch noch einen begrenzten Streitkräfteeinsatz anordnen würde, ist eine offene Frage.<sup>66</sup> Die ungarischen Streitkräfte werden zur Erhaltung der Souveränität und territorialen Integrität des Landes als ausreichend, zur Durchsetzung der Minderheiteninteressen in den Nachbarstaaten jedoch als schwach beurteilt.<sup>67</sup> Die Slowakei fühlt sich mit ihrer im Vergleich zu Tschechien schlechteren Militärstruktur bedroht und verlangt einen überproportionalen Anteil an der tschechoslowakischen Armee. Aus militärpolitischen Gründen werden so Gerüchte über angebliche Truppenkonzentrationen Ungarns an der Grenze zu Slowakei oder über Waffenlager der ungarischen Minderheit bewusst in Umlauf gesetzt. Gabčíkovo sei für Ungarn nur ein Vorwand, den Bestand der Slowakei in Frage zu stellen. Eine Bratislaver Zeitung spekuliert, dass die Ungarn mit ihren Panzerseinheiten "unsere Slowakei" überfallen werden, sollte das Donauebett austrocknen.<sup>68</sup>

Der staatliche Generalunternehmer der Kraftwerksanlage und Direktor der Wasserwirtschaftsbehörde Bratislava hat zur Bewachung der Dämme, Schleusen und des Kraftwerkes eine paramilitärisch organisierte Privatpolizei aufgestellt, da die slowakische Polizei niemand vom öffentlichen Grund vertreiben würde.

Auf dem Gelände der Staustufenanlage ist es bisher - von polizeilichen Eingriffen bei Protestdemonstrationen abgesehen - kaum zu gewaltsamen Handlungen gekommen. Es wird bisher nur von einem Vorfall berichtet, als ungarische Dorfbewohner aus Wut über ihre versiegten Brunnen ein slowakisches Grenzschutzboot mit Steinen bewarfen.<sup>69</sup> Zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Privatpolizei des Generalunternehmers ist es bis jetzt nicht gekommen.

### **3.5. Mittel unterhalb der staatlichen Ebene: der Einfluss von Nicht-Regierungsorganisationen**

#### a) Grenzüberschreitende Aktionen von Umweltorganisationen

Umweltorganisationen in den Donauländern Ungarn, Österreich und Slowakei kämpfen schon seit Mitte der achtziger Jahre gegen Kraftwerke und Stauwehre entlang der

---

<sup>65</sup> U.a. der Staatssekretär im ungarischen Aussenministerium, Janos Martonyi (Vgl. Financial Times 27.10.92).

<sup>66</sup> Vgl. Oberst d G Wolfgang Jung: Die militärpolitische Lage in der CSFR, Ungarn und den jugoslawischen Nachfolgestaaten aus der Sicht eines Österreicher, in: VSN Bulletin 4/92, S.23.

<sup>67</sup> ebd.

<sup>68</sup> Die Tageszeitung 26.10.92

<sup>69</sup> Die ZEIT Nr. 47, 13.11.92.

Donau und gegen die Zerstörung der Donauauen. Sie versuchen dabei, die Öffentlichkeit, die Presse und die politischen Entscheidungsträger auch ausserhalb dieser Länder zu beeinflussen. So gelangten sie bereits an die Europäische Gemeinschaft, an die Weltbank oder an die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). Die österreichische Regierung wird von den Grünen aufgefordert, die Beteiligung österreichischer Firmen am Kraftwerksbau zu unterbinden und sich als aktiver Vermittler in den Konflikt einzubringen.

Die österreichischen Umweltorganisationen wie WWF, Global 2000 oder Ecoropa (European Group for Ecological Action), die Mitte der achtziger Jahre erfolgreich gegen ein Kraftwerksprojekt an der Donau bei Hainburg vorgegangen sind, koordinieren ihre Aktionen mit slowakischen (SZOPK) und ungarischen Gruppen (Donaukreis<sup>70</sup>). Ihre Mittel sind Proteste gegen am Kraftwerksbau von Gabčíkovo beteiligten österreichischen Firmen, Fackelumzüge, Pressekonferenzen, Friedensmärsche auf dem Kraftwerksgelände und Demonstrationen. Eine Konferenz von Nicht-Regierungsorganisationen in Wien über den ökologischen Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa im November 1992 verabschiedete eine spezielle, von 95 Organisationen unterzeichnete Resolution zu Gabčíkovo, in der u.a. auch eine Einhaltung des in London vereinbarten 4-Punkte-Planes gefordert wird.

#### b) Slowakisch-ungarische Bürgermeisterkoalition

Im April 1992 trafen sich rund 80 Bürgermeister aus der slowakischen und ungarischen Umgebung des Kraftwerkes Gabčíkovo in Dunajska-Streda. Sie forderten einen Baustopp der Variante "C" und gründeten ein bilaterales Aktionskomitee, das den organisatorischen und juristischen Rahmen der regionalen Zusammenarbeit erarbeiten soll (gemeinsame fachliche Untersuchungen zur Rehabilitierung der Donaulandschaft, eigenständige Regionalentwicklung). Die Bürgermeister erteilten ferner dem Versuch, mit nationalistischen Argumenten den Konflikt um Gabčíkovo anzuheizen, eine klare Absage.

## 4. Ansätze zur friedlichen Konfliktbearbeitung

### 4.1. Möglichkeiten des ökologischen Schutzes der Donauauen (IV.2)

a) Als Sofortmassnahme muss die schnellstmögliche Rückführung des Donauwassers oder zumindest eines beträchtlichen Teils davon (50-75% gemäss EG-Kompromissvorschlag) ins alte Bett durchgesetzt werden. Der Zeitpunkt der Rückführung *vor* Beginn der Vegetationsperiode wurde bereits verpasst.

---

<sup>70</sup> Der Donaukreis (Duna Kör) war massgeblich an den Protesten gegen das ungarische Teilprojekt Nagymaros beteiligt.

d) Eine umfassende Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung des Projektes (inkl. Schifffahrt, Energieproduktion und andere relevante Aspekte) durch unabhängige, von beiden Konfliktparteien anerkannte Experten ist durchzuführen.

c) Längerfristig wird die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Donau-Tri-Nationalparks im Donauschwemmland entlang der Grenzen (Ungarn, Slowakei, Österreich) mit differenzierter Nutzung zum Schutz und Rehabilitierung der Auenwälder vorgeschlagen. Ein solcher Nationalpark könnte grob folgendermassen zoniert werden: Totalschutzzonen v.a. Auengebiete der beiden Donauarme (Hauptarm, Mosuner Donau, Puffer- und Erholungszonen, Zonen mit traditioneller Nutzung, v.a. auf den Schüttinseln.

Die Weltbank prüft ausserdem eine Kreditvergabe der Global Environmental Facility (GEF) für den Schutz der Biodiversität im Gebiet der March-Schwemmebene (Donauzufluss nördlich von Bratislava). Das Projekt könnte die Donau-Schwemmebene miteinbeziehen, "sobald die Kontroverse um Gabčíkovo gelöst ist."<sup>71</sup>

d) Ein grossräumiges Schutz- und Nutzungskonzept für die Wasserversorgung der Slowakei und Ungarn ist auszuarbeiten.

#### **4.2. Massnahmen zur Beseitigung negativer sozialer Effekte (IV.3)**

##### a) Energiewirtschaftliche Massnahmen

Es könnten direkte Entschädigungen z.B. für entgangenen Nutzen bei Verzicht auf Kraftwerksbetrieb oder bei einer Umstellung auf einen umweltverträglicheren Betrieb erwogen werden.

Zu indirekten wirtschaftlichen Massnahmen gehören Wirtschaftshilfe an die Slowakei, insbesondere Ausbau des Energiesektors und Massnahmen für den technischen Umweltschutz (z.B. Wärmedämmung) und ein Energiekonzept: Stilllegung veralteter, für die Umwelt gefährlicher Anlagen, Effizienzsteigerung bestehender kalorischer Kraftwerke (Umbau zu Blockheizkraftwerken) und Verminderung des Primärenergieeinsatzes in der Industrie, Revision der Kernkraftanlage Bohunice V5, Entwicklung erneuerbarer Energieträger.<sup>72</sup>

Andererseits könnten ein EG-Assoziationsvertrag verbunden mit Wirtschaftshilfe und die Einbindung der Slowakei in die Visegrader Gemeinschaft (Freihandelszone zwi-

---

71 Anand K. Seth, Chief Environment Division, Technical Department Europe & Central Asia, Middle East & North Africa Regions, World Bank in einem Brief an John Hontelez, Chairman Friends of the Earth International, Nijmegen NL vom 18.5.92.

72 In der ehem. CSFR ist der Primärenergieeinsatz (Nutzung der in der Natur vorkommenden Energieträger, also Erdöl, Kohle, Erdgas) pro Einwohner etwa 50% höher als in den westlichen Industrienationen. Gerechnet auf das BSP ist er etwa dreimal so hoch (der Primärenergieverbrauch je Einheit des BSP ist ein Mass für die Effizienz der Energienutzung in einer Volkswirtschaft). 2/3 des in der ehem. CSFR erzeugten Stromes wird von einer überalteten Industrie genutzt (vgl. WWF Österreich: Auswirkungen des Kraftwerks, Wien Sept. 1991).

schen der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen) von der Einhaltung internationaler Normen seitens der Slowakei abhängig gemacht werden.

#### b) Minimalvariante "D"

Die Minimalvariante Gabčíkovo (Variante "D") könnte folgendermassen aussehen:

1. Nutzung des Kanals für den Schiffsverkehr,
2. reduzierter Kraftwerksbetrieb,
3. Verengung des Stausees, um die Fliessgeschwindigkeit zu erhöhen und die Sedimentierung von Schadstoffen zu verringern,
4. Restwasserregelung: Der von der EG unterstützte Kompromissvorschlag möchte dem alten Donaubeck noch 50-75% der ursprünglichen Wassermenge zuteilen.

Auch Umweltschützer haben eingesehen, dass selbst durch einen Abriss der Kanalmauern der ursprüngliche Zustand nicht wieder hergestellt werden kann. Sie haben deshalb schon vor der Umleitung Vorschläge für eine Minimalvariante entwickelt. Die Variante "D" basiert auf einem Vorschlag des ehemaligen tschechoslowakischen Umweltministers Vavrousek.<sup>73</sup>

Der WWF Österreich berichtete Ende 1992 bereits von neuen Kraftwerksplänen. Schon 1993 soll ein weiteres Kraftwerk mit Schleusensystem im Stauwehr von Cunovo errichtet werden. Als mögliche Finanzierungspartner werden die westliche Kraftwerksgesellschaften wie die Bayern-Werke oder Hydro-Quebec genannt. Das Kraftwerk ist für den Fall gedacht, dass das umgeleitete Donauwasser entsprechend der ungarischen Forderung zu 95% wieder ins alte Flussbett zurückgeführt wird. Das Donauwasser könnte so gemäss den Vorstellungen der verantwortlichen Baufirma trotzdem noch genutzt werden.<sup>74</sup>

#### c) Massnahmen zugunsten der lokalen Bevölkerung

- Garantie der kulturellen Autonomie für die ungarischsprachige Minderheit wie unter der bisherigen Verfassung der CSFR.
- Sicherstellung der Wasserversorgung (Grund- und Trinkwasser für die Bewohner der Schüttinseln)

<sup>73</sup> Vgl. Osteuropa 9/92, S. A509f.

<sup>74</sup> Das vorgesehene Kraftwerk würde bei einem Aufwand von 200 Mio. US\$ nur 40 MW Leistung erbringen (Als Vergleich: Das Kraftwerk Gabčíkovo bringt max. 320 MW Leistung). Der WWF spricht von einer weiteren energiewirtschaftlichen Fehlinvestition und von einem Scheinkompromiss (vgl. WWF Österreich: Presseinformation vom 21.12.92).

- Versuch einer Entkoppelung von Kraftwerksbau und Nationalitätenproblem durch vertrauensbildende Massnahmen wie ausgewogene Information der slowakischen Bevölkerung über alle Aspekte und Folgen des Gabčíkovo-Projektes, generelle Garantie der Bürgerbeteiligung (v.a. betroffene Lokalbevölkerung) in Umweltfragen und Förderung der regionalen Zusammenarbeit in den betroffenen Gebieten (Bürgermeisterkoalition).

#### 4.3. Möglichkeiten zum Konfliktmanagement (IV.4)

##### a) Einhaltung des 4-Punkte-Plans

1. Provisorischer Baustopp (Stopp aller Arbeiten am Kanal, den Wehren und am Kraftwerk, Einstellung des Kraftwerkbetriebs)
2. Rückführung eines Teils der Donau in ihr altes Bett
3. Einsetzung einer internationalen Expertenkommission
4. Bereitschaft, sich einem Urteil des Internationalen Gerichtshofes oder einer anderen allseitig akzeptierten Schiedsgerichtsstelle zu beugen.

Vom Internationalen Gerichtshof müssten neben den völkerrechtlichen Problemen (1977er - Vertrag und Verletzung internationaler Normen durch Flussumleitung) auch Fragen der Entschädigung der Slowakei und des Wassermanagements (Wasseraufteilung an der Donau) entschieden werden.

##### b) Umweltverträglichkeitsprüfung

Nach einem allfälligen Schiedsspruch über einen provisorischen Baustopp und die Rückführung der Donau in ihr altes Bett müsste eine über die EG finanzierte und umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) des Projektes vergeben und durchgeführt werden. Eine solche UVP sollte folgende Punkte enthalten:

- Ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse
- Energiewirtschaftlicher Vergleich mit anderen Energienutzungsoptionen
- Überprüfung der sozialen Verträglichkeit
- Juristische und ökologische Aspekte im betroffenen Donaauraum

##### c) Regionale Kooperation

Es bestehen bereits zwei internationale Kommissionen, die als Basis für eine regionale Kooperation dienen können.

Die Kompetenzen und Aufgaben der *Donaukommission* zur Überwachung der Tätigkeiten der Donau-Anrainerstaaten sollten erweitert werden. Bisher wurde vor allem die freie Schifffahrt, insbesondere die Einhaltung der Belgrader Konvention über die Schifffahrt auf der Donau (1948) überwacht. Das Mandat der Donaukommission sollte auf Fragen der Flussverschmutzung und der gleichmässigen Wasseraufteilung, z.B. für die Energienutzung, ausgedehnt werden.

Die zweite bestehende regionale Kommission, die *Gemeinsame Donaufischerei-Kommission*, müsste ebenfalls neu belebt und ihre Aufgaben im Bereich des Naturschutzes entlang der Donau angesiedelt bzw. erweitert werden.

Neben der institutionellen Verstärkung der bestehenden Kommissionen könnte eine dritte regionale Kommission gebildet werden, die sich ausschliesslich und umfassend mit grenzüberschreitender Luft- und Gewässerverschmutzung im gesamten Donaubecken befasst, ins Auge gefasst werden.<sup>75</sup> Insbesondere sollte ein modernes internationales Überwachungssystem (Monitoring) zur Feststellung allfälliger Umweltveränderungen in der Region eingerichtet werden.

#### d) Aktionen von NGO's

Konzertierte Aktionen slowakischer, tschechischer, österreichischer und ungarischer Umweltschützer und das gemeinsame Vorgehen der Menschenrechtsbewegungen in den beiden am Konflikt beteiligten Ländern sollen zur Meinungsbildung und zum Abbau nationalistischer Emotionen in den betroffenen Gebieten beitragen.

### Fazit

1. Der Bau des Kraftwerkes Gabčíkovo stellt einen schwerwiegenden ökologischen Eingriff in die Auenlandschaft der Donauschüttinseln dar. Insbesondere die Flussumleitung und die Aufstauung der Donau stören die für das ökologische Gleichgewicht entscheidende hydrologische Dynamik - periodisches Hochwasser und Grundwasserspiegelschwankungen - dieses Schwemmlandes. Experten befürchten eine Versteppung der Auenlandschaft verbunden mit einem Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten. Die Trinkwasserversorgung der lokalen Bevölkerung und der regionalen Ballungsräume ist durch sinkenden Grundwasserspiegel und einsickernde Schadstoffe gefährdet.

2. Die ökologischen Faktoren spielten und spielen im Konflikt um das Kraftwerk Gabčíkovo eine wichtige Rolle. Es zeigt sich, dass die wirtschaftlichen Vorteile einer geplanten Umweltveränderung für die eine Seite (Stromproduktion für die Slowakei) im Widerspruch zu ökologischen und sozialen Nachteilen für die andere Seite (v.a. Ungarn und die ungarische Minderheit in der Slowakei) steht. Die möglichen Umweltfolgen des ursprünglichen Doppelprojektes Nagymaros-Gabčíkovo hatten eine breite Mobilisierungswirkung gegen die kommunistische Herrschaft und gegen die sie verkörpernde gigantische Technik vor allem auf ungarischer Seite. Nach dem ungarischen Baustopp und im Zuge des Systemswechsels begannen jedoch nationalistische Ressentiments auf beiden Seiten eine immer grössere Rolle in den Auseinandersetzungen um die Fertigstellung von Gabčíkovo zu spielen, weil neben den Trinkwasserreserven für 1,5 Millionen Menschen auch die Lebensordnung der im betroffenen Gebiet ansässigen, hauptsächlich ungarischen Minderheit bedroht sind. Mit der Unabhängigkeit der

---

<sup>75</sup> Vgl. Westing, A., a.a.O., S.327.

Slowakei hat sich die Lage der magyarischen Minderheit aus Abwehr gegen grossungarische Ansprüche eher noch zugespitzt.

Trotz gegenteiliger offizieller Beteuerung von Seiten der Slowakei und Ungarns wird Gabčíkovo immer mehr in der Nationalitätenfrage instrumentalisiert. Die Streitigkeiten um technische Details sowie um ökologische und wirtschaftliche Folgen werden zunehmend von nationalistischen Gerüchten und Halbwahrheiten überlagert und emotionalisiert, was eine gütliche Konfliktbeilegung erschwert. Vertrauensbildende Massnahmen unterhalb der staatlichen Ebene wie z.B. grenzregionale Zusammenarbeit (Bürgermeisterkoalition) oder grenzüberschreitende Naturschutz- und Erholungsgebiete sind besonders erfolgsversprechend.

3. Bei der Konfliktbeilegung muss kurzfristig ein provisorischer Baustopp und die Rückführung der Donau in ihr altes Bett (gemäss 4-Punkte-Plan) sowie die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge erreicht werden, um zuerst vor allem im ökologischen Bereich irreversible Schäden in der Schwemmebene zu verhindern. Eine breit abgestützte internationale Expertenkommission (allenfalls unter Einbezug von Umweltschutzgruppen) sollte mögliche umweltschonendere Varianten und eine damit verbundene technische und finanzielle Unterstützung der Slowakei - z.B. über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) - prüfen.

Die besten Aussichten auf eine längerfristige Konfliktlösung hat die Belebung der regionalen Kooperation zwischen Donauanrainerstaaten, insbesondere zwischen Österreich, Ungarn und der Slowakei. Aber auch die überregionale Zusammenarbeit im gesamten Donaubecken sollte angestrebt werden.

## Abstract

### **The Slovak-Hungarian Conflict on the Hydropower Station of Gabčíkovo and on the Diversion of the Danube River**

The idea of a perennial navigation of the shallow flood plains between Győr and Bratislava has its roots in military-strategic concepts of Stalin back to the year 1947. A channel through the fertile flood plains should have allowed the soviet navy vessels to reach the borderline of the former eastern European sphere of interest. First plans were worked out in the fifties, but have never been realized due to the lack of technology and know how. Finally in 1977 Czechoslovakia and Hungary agreed in a state treaty to build the river dam system of Nagymaros-Gabčíkovo with two dams between Bratislava and Budapest for the common utilization (energy production and whole-the-year navigation on this section of the Danube). The idea of the twin project was to dam up inflowing water and to release it through the turbines only during high consumption periods. This allows to produce more expensive peak energy. A second dam downstream near Nagymaros and lateral riverbank dams would have regulated the hereby caused fluctuations of the water level.

Already 1981 Hungary pledged for a provisional interruption of the projects for financial reasons. Four years later financing of the Nagymaros projects was guaranteed by an Austrian power production trust. Opposition against the project started 1984 with a petition organized by Hungarian environmental groups. After the removal of Kadar in 1988 the gigantic project was one of the mayor issues of the Hungarian opposition movement. After a series of massive public protests a scientific assessment of the ecological impacts the reform-oriented government ordered to interrupt the construction work in 1989 and shortly after that further work was completely suspended on the Hungarian side.

On the Slovakian side protests of ecological movements have been meager or repressed by police actions. Regardless the political revolution in 1989 the Czechoslovakian government decided to continue the project without a Hungarian contribution. At the end of 1991 Slovakia has begun the construction of the so-called variant "C" of the Gabčíkovo-Project. It meant the prolongation of the original channel and the possibility to divert the Danube entirely on Slovak territory so that the feed of the Gabčíkovo hydro power station became an exclusive Slovakian matter. In the original project the Danube was supposed to be diverted from a weir on Hungarian territory. Disregarding international disapproval Slovakia began with the diversion of the Danube in autumn 1992. The water flow in the original river bed was reduced to about 15% of the primary water quantity. Water level sank two meters below the lowest mark ever registered. Hungary accused Slovakia of a violation of international treaties because of the diversion of a border river and demands the complete abandonment of the river dam

project and the restoration of the original situation along the Danube. On the other side Czechoslovakian and Slovak governments argued that Hungary's unilateral notice of the 1977 treaty was against international law. The Slovakian Republic feels to be bound to its treaty obligations. A compromise between the two states is regarded to be difficult because of confronting viewpoints, a retreat without losing the face or without emerging internal opposition seems not to be possible. The question of the diversion of the Danube is steadily being linked with the Hungarian minority issue in Slovakia despite contrary official assertion. An international expert group under the auspices of the EC to investigate environmental impacts of the project has not led to an approximation of viewpoints. In April 1993 the parties finally agreed to apply to the International Court of The Hague to examine the case.

The construction of the hydropower station of Gabčíkovo has severe ecological impacts on the Danube flood plains characterized by water-meadows (riverine forests). Especially the damming and diversion of the Danube disturb the natural hydrological dynamics - periodical floods and ground water fluctuations - of the alluvial plains. Experts fear a dissection of the water-meadows ecosystems combined with the extinction of many plant and animal species. The fresh water supply of local residents and of regional urban centers is threatened by lowering of the water table, diminishing of the self-purification potential and by additional pollution.

The ecological factor played and is still playing an important role in the Gabčíkovo river dam dispute. It seems that the economic benefit (energy production for Slovakia) from this planned environmental change is conflicting with the disadvantages mainly for the Hungarian local inhabitants on both sides of the Danube.

The possible environmental impacts of the original twin project Nagymaros-Gabčíkovo had a broad mobilization effect against communist rule and its representing monumental technology above all in the Hungarian opposition movement. After the Hungarian suspension of the construction work and in the run of the transition period the problem of the Hungarian minority is playing a major role in the disputes around the completion of the Gabčíkovo power station. With the independence of Slovakia the situation of ethnic Hungarians has even sharpened.

Despite official assertion from both sides the Gabčíkovo problem is more and more being instrumentalized in the nationality question. Nationalistic rumors and hostilities overlay and emotionalize disputes about technical questions, ecological and socio-economic consequences what complicates an overall accepted conflict settlement. Confidence-building measures below the government level like cooperation of border regions (e.g., an already existing transbordering "coalition of mayors" in the affected region) are likely to be successful.

Prerequisites for a conflict settlement are an immediate suspension of the construction work on the Slovakian side, at least a partly restoration of the original flow of the

Danube in order to avoid greater ecological damages and the observance of international treaties. A well-based international group of experts should examine less damaging variants and related technical and financial assistance for Slovakia eventually via the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD).

A revival of existing treaties for regional cooperation between the Danube riparians especially between Austria, Slovakia and Hungary but also within the whole Danube basin should be considered.

Center for Security Studies, ETH Zurich/ Swiss Peace Foundation  
Zurich/ Berne 1992-1995.

**Environment and Conflicts Project**  
**ENCOP Occasional Papers**

edited by  
Kurt R. Spillmann and Günter Bächler

Online version provided by the  
International Relations and Security Network

A public service run by the  
Center for Security Studies at the ETH Zurich  
© 1996-2004

